

# Einheit und Vielfalt in Europa

## Für weniger Harmonisierung und Zentralisierung

# **I. Der Vertrag von Maastricht** **9**

## **1. Die Währungsunion** **9**

Kriterien für den Beitritt - Unabhängigkeit der Zentralbank - Wechselkurspolitische Risiken - Stabilitätsgerechte Finanzpolitik gefordert - Amtszeit der Mitglieder des Zentralbankrats sollte länger sein

## **2. Die politische Union** **15**

Aufgaben auf Gemeinschaftsebene-Die Rolle der Mitgliedsländer bleibt stark - Furcht und Hoffnung - Verbindliche Klarstellungen erforderlich - Zur Rolle des Europäischen Parlaments

# **II. Wovon auszugehen ist: Vielfalt nationaler staatlicher Regeln** **23**

Wirtschaftliche Integration: Nicht in erster Linie eine staatliche Veranstaltung - Unterschiedliche Staatsaufgaben in den Ländern der Gemeinschaft - Krasse Unterschiede bei den speziellen Marktregulierungen - Wildwuchs marktwidriger Regulierungen

# **III. Strategien der Integration** **30**

## **1. Integration - Einheit gegen Vielfalt?** **30**

Die Basis: Nicht-Diskriminierung auswärtiger Anbieter, Marktprinzip und Wettbewerbsprinzip

## **2. Strategiewandel in der Gemeinschaft** **31**

Integration durch Harmonisierung unendlich mühsam - Wesentliche und unwesentliche Integrationshemmnisse-Auflockerung der Harmonisierungsstrategie - Die Gemeinschaft als Motor der Deregulierung - Das Subsidiaritätsprinzip — Zurückhaltung der EG-Kommission gefordert

### **3. Leitvorstellung und Mahnung für die Zukunft** 37

Grundsätze für die Aufgabenteilung - Aspekte gemeinschaftlicher Politik - Noch einmal: Gegen zu viel Zentralisierung

### **4. Ursprungslandprinzip: Strategie zur Einheit und Vielfalt** 40

Schutz gegen Übermacht der Zentrale - Wettbewerb der nationalen Politik - Schwächung des protektionistischen Interesses - Wettbewerb der Systeme

## **IV. Gemeinschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik?** 44

### **1. Handelspolitik** 44

Kein freihändlerisches Ziel festgelegt - Gefahr von Handelsschranken gegenüber Drittländern

### **2. Industriepolitik** 45

Spannungsverhältnis zu anderen Vertragsbedingungen - Statt Industriepolitik Schaffung günstiger Rahmenbedingungen

### **3. Sozialpolitik** 47

Bedarf an gemeinsamer Sozialpolitik gering - Gegen forcierte Einkommensangleichung - Der "Kohäsionsfonds" ist anders als ökonomisch begründet

### **4. Sozialpolitik, Umweltpolitik, Lohnpolitik im Verbund** 50

Keine Bedrohung durch niedrige Standards und Löhne - Erfahrungen der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion nicht übertragbar

	Seite
<b>V. Zur Harmonisierung der Finanzpolitik</b>	<b>53</b>
<b>1. Harmonisierung der Steuern?</b>	<b>54</b>
Ein optimales Steuersystem für die Gemeinschaft ist Illusion - Berücksichtigung der staatlichen Leistungen erforderlich - Beseitigung der Steuergrenzen-Bestimmungslandprinzip für die Mineralölsteuer und für die speziellen Verbrauchsteuern - Eine sehr komplexe Frage: Ursprungslandprinzip für die Mehrwertsteuer? - Direkte Steuern: Wettbewerb der Steuerpolitik	
<b>2. Harmonisierung der Budgetpolitik?</b>	<b>68</b>
Noch einmal: Währungsunion verlangt stabilitätsbewußte Finanzpolitik vor allem zur Sicherung des Konsenses in der Geldpolitik, aber auch aus Fairneß-Gründen - Defizitkriterium von besonderer Bedeutung - Schuldenstandkriterium <b>nicht</b> überall realistisch	
<b>3. Eigene Steuern für die Gemeinschaft?</b>	<b>72</b>
Auf keinen Fall eine progressive Steuer - Am besten bleibt es bei der Finanzierung durch Beiträge	
<b>Zusammenfassung</b>	<b>76</b>